

Kommunen in der Pflicht

Ob man im Alter gut lebt, entscheidet sich vor Ort

„Zufrieden“ und sogar „sehr zufrieden“ sind 85 Prozent der 65- bis 85-Jährigen mit dem bisherigen Verlauf ihres Lebens. Zufriedenheit hängt dabei eng zusammen mit gesellschaftlicher Teilhabe. Und ob die möglich ist, hängt vom alltäglichen Lebensumfeld ab.

Renate Neumann, 65 Jahre, lebt vor den Toren Frankfurts. Sie engagiert sich im lokalen Sportverein, kümmert sich um das Enkelkind und hütet ab und an den Hund ihres Sohns. Vesna Radic, 68 Jahre, hat sich entschieden, Frankfurt den Rücken zu kehren: Sie zieht zurück nach Slowenien, wo sie sich von ihrer Rente ein besseres Leben erlauben kann. Dort will sie sich vor Ort ehrenamtlich einbringen. Wolfgang Betz, 73 Jahre, schreibt per Internet für einen Seniorenblog. Durch einen Arbeitsunfall ist er stark gehbehindert und kann ohne Hilfe seine Wohnung nicht verlassen.

Eine aktive Generation

Das sind drei Beispiele aus der Generation der 65- bis 85-Jährigen, die aufzeigen, wie stark sich das Leben im Rentenalter unterscheiden kann. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich gesellschaftlich einbringen, am Leben teilhaben.

Die Generali Altersstudie 2017 zeigt: Das A und O für die meisten ist diese Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auch wenn man altersbedingt eingeschränkt ist. Dazu gehören Freundschaften, die Übernahme von Verantwortung in der Familie und soziales Engagement. Denn den Älteren geht es nicht nur darum, gut versorgt zu sein, sondern auch darum, ihrerseits Sorge um andere zu tragen. Viele, nämlich 42 Prozent, engagieren sich deshalb ehrenamtlich. Ins Auge springen dabei die regionalen Unterschiede: In Brandenburg engagieren sich 51 Prozent der Älteren, in Thüringen nur 29 Prozent.

Nach Angaben des Instituts für

Demoskopie Allensbach liegt der Anteil der 65- bis 85-Jährigen, die sich in Hessen ehrenamtlich engagieren, leicht unter dem Bundesdurchschnitt bei 38 Prozent.

Soziale Schicht ist ausschlaggebend für Zufriedenheit

Eine größere Rolle als regionale Unterschiede spielen die sozialen. Die Zufriedenheit der Älteren nimmt nach der Generali Studie in den unteren sozialen Schichten ab. Die sozialen Unterschiede äußern sich in einzelnen Aspekten, die die Lebenszufriedenheit beeinflussen, wie die Teilhabe an technischen Entwicklungen: 81 Prozent derjenigen in der höheren Einkommensgruppe nutzen das Internet. Bei den finanziell schlechter Gestellten sind es nur 23 Prozent. Auch der Gesundheitszustand, eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe, unterscheidet sich: So

schätzt gut die Hälfte der Befragten aus höheren sozialen Schichten ihren Gesundheitszustand positiv ein. Bei den sozial weniger gut Gestellten ist es nur ein knappes Drittel.

Teilhabe ist Dreh- und Angelpunkt

Ob jemand am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, ist also nicht in erster Linie eine Frage des Alters. Vielmehr geht es um Zugangsvoraussetzungen, die vorhanden sind oder eben fehlen. Armut, eine geringe Bildung, gesundheitliche Einschränkungen, Diskriminierungserfahrungen – das sind Faktoren, die Teilhabe einschränken können.

Der Siebte Altenbericht, den die Bundesregierung in Auftrag gegeben hat, stellt deshalb heraus, wie es vor Ort aussehen sollte, um älteren Menschen diese Teilhabe zu ermöglichen. Denn die Rahmenbedingungen für das Älterwerden sind maßgeblich vom Leben vor Ort geprägt. Wolfgang Betz beispielsweise ist auf eine gute Internetverbindung angewiesen, um für den Blog zu schreiben. Er und Renate Neumann sind von Ärzten vor Ort abhängig und auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Vesna Radic hätte in Frankfurt alt werden können, wenn der Wohnraum günstiger wäre.



Alle Namen von der Redaktion geändert.

Viele Ältere engagieren sich für Kinder, wie hier bei der Hausaufgabenbetreuung in Hofheim.



Seniorinnen halten sich mit Wassergymnastik fit.

Außerdem zeigt der Bericht, wie die Politik vor Ort es den Älteren ermöglicht, einerseits versorgt zu sein und andererseits selbst Verantwortung für andere übernehmen zu können. „Es darf nicht mehr bloß darum gehen, alte Menschen zu versorgen. Vielmehr brauchen wir Strukturen, in denen Menschen zugleich Sorge empfangen und Sorge tragen können – und zwar unabhängig von ihrem Alter und körperlichen oder kognitiven Einbußen“, erklärt Professor Dr. Andreas Kruse, der verantwortlich

Den Altenbericht legt eine Sachverständigenkommission der Bundesregierung vor. Das geschieht seit 1993 in jeder Legislaturperiode einmal. Die Bundesregierung beruft die Sachverständigenkommission, die sich aus ehrenamtlichen, unabhängigen Experten zusammensetzt. Sie erstellen innerhalb von etwa zwei Jahren ihr Gutachten. Dazu kommen Expertisen von anderen Wissenschaftlern, die als sogenannte Expertisenbände mit dem Bericht veröffentlicht werden. Die Bundesregierung fügt ihre Stellungnahme hinzu. Im Siebten Altenbericht geht es um nachhaltige Seniorenpolitik in den Kommunen. Die Sachverständigenkommission hatte ihr Gutachten Ende 2015 der Bundesregierung übergeben. Den Siebten Altenbericht gibt es auf dieser Webseite: <https://www.siebter-altenbericht.de/der-siebte-altenbericht.html>

sab

am Siebten Altenbericht mitgearbeitet und auch die Generali Altersstudie begleitet hat.

Was können Kommunen und Bürger beitragen?

Es ist wichtig, die Kommunen so zu stärken, dass sie ihre Gestaltungsmöglichkeiten, zum Beispiel in der Pflege, im Bereich Wohnen sowie im Gesundheitswesen, ausschöpfen können. Gerade die stark verschuldeten Kommunen liegen häufig in insgesamt wirtschaftsschwachen Regionen. Diese Kommunen haben kaum Handlungsspielraum, wenn es um die Daseinsvorsorge für die Älteren geht. Fördermöglichkeiten durch die Europäische Union können das allein nicht auffangen. Der Altenbericht sieht hier Bund und Länder in der Pflicht, die Kommunen finanziell zu stärken. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ralf Kleindiek, betont: „Wenn einige Kommunen nicht mehr in der Lage sind, die Daseinsvorsorge sicherzustellen, so wie es die Sachverständigenkommission formuliert, dann haben wir im ganzen Land ein Problem – ungleiche Verhältnisse in der Lebensqualität sind auch eine Frage der Gerechtigkeit. Damit können wir

die Kommunen nicht allein lassen.“

Auch unabhängig vom finanziellen Rahmen können Kommunen etwas leisten. So verbessert sich die Situation der Älteren, wenn sich die Akteure vor Ort vernetzen. Denn so kann man mehr Menschen erreichen. Das ist wichtig, gerade wenn es um die Herausforderung geht, bestimmte Bevölkerungsgruppen einzubinden. Dazu gehören Menschen mit sehr niedrigen Einkommen, zurückgezogen lebende Menschen, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oder Menschen mit Sprachbarrieren.

Teilhabe bedeutet auch, dass Menschen sich in die Gemeinschaft einbringen und mitentscheiden. Daher gilt: Die Kommunen sollten Politik nicht nur für die, sondern auch mit den älteren Menschen machen.

Claudia Šabić

Die Generali Altersstudie 2017 erschien Anfang März 2017. Vor vier Jahren erhob die Generali Versicherungsgruppe diese Längsschnittstudie erstmals. Für die aktuelle Studie befragte das Institut für Demoskopie Allensbach über 4.100 Personen zwischen 65 und 85 Jahren. Generali Altersstudie 2017: Wie ältere Menschen in Deutschland denken und leben. Generali Deutschland AG, 19,99 Euro.

sab